

uktion
z, Dienstag
auf dem Ro-
am Rump-
eres wird noch
annt gemacht.
er,
r, Nietberg.
verkauf.
onrad Guter-
horst beab-
Morgen große
guten Wohn-
aufen.
er,
berg i. B.
zeige.
e. Gustav
hum beab-
e (Reg.-Bez.
ähre
Besitzung,
Grundstücke
e Flur 7 No.
00 2c. und 103
n Wohn- und
en, unter der
Grundstücke
röße von 36,21
Gebäudesteuer-
Mt.
en
aschinenellen
en,
einer Dampf-
ienten, sowie
h vorhandenen
rfrungenfabrik
kunft wie auch
von Geboten
e bereit.
arz 1901.
Notar
off.
k!
ich an einem
en Leiden, wie
agenreuzung u.
n in der Herz-
n Wahlen und
es Herzlopfen,
in den Ohren,
Augen u. i. m.
chen blieb er-
ich mich brief-
A. Pfister,
ec 7, welchem
ich nur durch
en und Nat-
it von meinem
n für ich Herrn
ien Dank aus-
ervordentlichem
Geistvermögen
ehle. — Eigner
strup bei Ca-
ungen
o billig.
Buchhandlung
Herrstraße 1.
reie in der
sa.
Münster Weizen
Bedum Roggen
e 16,00, Safer
en 14,00, Safer
n 13,80, Biele-
14,50.
ungen.
gen 14,30 inl.,
inl., 16,00 ausl.,
0, Safer 14,40,
n Roggen 14,10
afer 14,10 inl.,
ausl., Roggen
inl., 15,00 ausl.,
Roggen 13,50
0, Roggen 144,
hr.
Pfd. 0—00,3
5—00
neue 5—00
alte 0—00
neue 0—0
alte 5—00
Stück 15—00
Stück 30—50
10—20
15—25
15—20
5—16
Stück 00—00
Stück 0—00
Pfd. 6,00—0,00,3
00 Pfd. 2,00
00 „ 2,75

Bielefelder Volks-Zeitung

Beilagen: „Unterhaltungsblatt“ und „Praktischer Ratgeber“.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis: 1 M. 25 Pfg., durch den Postboten ins Haus gebracht 1 M. 67 Pfg. vierteljährlich; mit „Illustriertes Sonntagsblatt“ 35 Pfg. mehr. Anzeigen kosten 15 Pfg. die Zeile oder deren Raum, Reklamen à Zeile 50 Pfg.

Nr. 59.

Dienstag, den 12. März

1901.

Hierzu ein Beiblatt.

†† Die Verwirklichung eines Kaiserwortes, welches bei Gelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung“ (1889) gesprochen wurde: „Es käme überhaupt darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand seien und allseitig als solcher anerkannt würden; nur dann würde es gelingen, sie der Sozialdemokratie zu entfremden“, läßt in Deutschland noch in manchen Gebieten der Sozialpolitik bisher sehr zu wünschen übrig.

Allerdings fiel das Wort kurz vor den sogenannten Februarverträgen im Jahre 1889, in einer Zeit, als unter Führung des Kaisers ein frischer Zug der Begeisterung für eine umfassende Sozialreform zu Gunsten des Arbeiterstandes durch die weitesten Kreise des deutschen Volkes ging. Nunmehr, nach 10 Jahren, hat diese Begeisterung wenigstens auf Seiten der Regierung unter dem Einflusse gewisser Strömungen eine wesentliche Abkühlung erlitten. Dabei hat die Wichtigkeit des obigen Satzes auch durch den Wechsel in den sozialpolitischen Zeitströmungen keine Milderung erfahren, und ihn zur entscheidenden Geltung zu bringen, muß auch in Zukunft das Ziel einer sozialen Verfassungspolitik bilden.

Noch immer nicht hat die Frage der gesetzlichen Anerkennung der Arbeiterberufsvereine (Gewerkvereine) ihre Erledigung gefunden. Ein solches Sondergesetz für Berufsvereine erscheint um deswillen notwendig, weil nach dem § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches für Vereine, welche religiöse, politische oder sozialpolitische Zwecke verfolgen, die Aufnahme in das Vereinsregister von der Zustimmung der Behörden abhängt. Bei dem sozialpolitischen Wind, der jetzt weht, sowie nach den bisherigen Erfahrungen ist es nun nicht anzunehmen, daß Anträgen seitens der Arbeiter-Berufsvereine auf Eintragung in das Vereinsregister zur Erlangung der Rechtsfähigkeit, des Charakters der juristischen Persönlichkeit, seitens der Verwaltungsbehörden stattgegeben werden wird. Bei der Anerkennung handelt es sich für die Berufsvereine in erster Linie darum, eine solide Grundlage für ihre Vermögensverwaltung zu gewinnen. „Dagegen“, so führte der Abg. Bassermann leztlich bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern aus, „ist die Rechtslage eine unsichere geworden: die Vereine sind uneingetragene Vereine ohne Rechtsfähigkeit, sie können als solche also nach dem bürgerlichen Recht verklagt werden, es kann in ihr Vermögen vollstreckt werden,

sie haben den Charakter einer Gesellschaft nach bürgerlichem Recht, die Beiträge werden Vereinsvermögen, das ganze Vermögen ist Eigentum des Vereins zur gesamten Hand, das einzelne Mitglied kann über seinen Anteil nicht verfügen. Also in dieser Richtung ist die Sache geregelt. Sobald es sich um die Erwerbung von Grundeigentum handelt, sobald ein Verein ein Haus kaufen will, oder sobald ein solcher Verein klagen will, fängt die Schwierigkeit an, dann muß man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß Gesetz zu umgehen, eine andere Form, Aktiengesellschaft oder Genossenschaft zu bilden oder einzelne Leute zu Eigentümern zu machen.“

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches hat der Reichstag, weil er das ganze Gesetzbuch an der Fassung des Einspruchsparagraphen nicht scheitern lassen wollte, am Schluß der Beratung die Regierungen aufgefordert, baldmöglichst ein Gesetz, das die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine einheitlich regelt, einzubringen, nachdem schon 1892 ein Antrag auf Anerkennung der Berufsvereine von einer Reichstagskommission angenommen war. Und als dieser Beschluß unerfüllt blieb, brachte das Centrum weiter 1898 einen dahin gehenden Gesetzentwurf ein, der in seinem § 1 den Einspruch der Verwaltungsbehörden gegen die Eintragung nicht aus dem Grunde für zulässig erklärte, weil der Verein einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt, oder nach dem öffentlichen Vereinsrecht eines Bundesstaates unzulässig ist oder verboten werden kann. Die Zwecke der Berufsvereine wurden sodann in einem besonderen § 2 näher umschrieben. Bei der Beratung des Antrages im Februar und März des Jahres 1898 schwieg die Regierung sich aus, und hat bisher noch kein Wort für denselben gefunden. Ende vergangenen Jahres ist der Antrag nochmals seitens des Centrums und anderer Parteien im Reichstag eingebracht worden, zur Verhandlung ist er jedoch noch nicht gekommen.

Auf das Zustandekommen eines Gesetzes zur Anerkennung der Berufsvereine müssen sich für die Zukunft die Anstrengungen der Berufsvereine aller Richtungen konzentrieren. Es handelt sich hierbei darum, ob die Gewerkschaften der Arbeiter in Zukunft dieselben Rechte haben sollen, wie die Vereinigungen der Unternehmer in ihren Syndikaten und Aktiengesellschaften, die Genossenschaften und freien Hilfskassen. In Frankreich, England u. dgl. besitzen die Berufsvereine schon lange die Rechtsfähigkeit und wenden sie mit vorzüglichem Erfolge an, und in Deutschland ist bei der, auch seitens der Fabrikinspektoren anerkannten, friedlichen Entwicklung unserer Gewerkschaften ein Gleiches zu erhoffen. Es handelt sich bei der ganzen Frage darum, ob ein gleiches Maß für

Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten soll, ob endlich einmal anerkannt werden soll seitens der Regierung, daß der Arbeiterstand ein gleichberechtigter Stand ist. Und solange man ihm diese Anerkennung verweigert, liefert man nur der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Mühlen, ist es nicht möglich, das Kaiserwort wahr zu machen: „ihn der Sozialdemokratie zu entfremden.“

Nicht entspricht es der Vorstellung von dem gleichen Maße, wenn die Regierung in einseitiger Weise, wie dies vielfach vorgekommen ist, sich bei der Fassung staatlicher Maßnahmen lediglich Informationen bei der Unternehmung holt bzw. sich solche von jenen aufdrängen läßt. Will man, daß staatliche Maßnahmen auch seitens der Arbeiter Anerkennung und Beachtung finden, so möge man auch die Vertreter der letzteren vor deren Erlass hören. Eine Gelegenheit zu einer gemeinsamen Aussprache zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwecks Informationen der Regierungen sollen aber die Arbeitskammern sein, deren Errichtung man von der Regierung bisher vergeblich gefordert hat, und die dadurch wiederum den Arbeitern vorerhält, was sie anderen Ständen schon gewährt hat.

Soll das Ziel erreicht werden, die Arbeiter „der Sozialdemokratie zu entfremden“, so ist neben der Fortführung der Sozialreform es notwendig, alles das zu vermeiden, was bei den Arbeitern auch nur die Vermutung wecken könnte, daß sie kein gleichberechtigter Stand seien und auch von der Regierung nicht als solcher anerkannt würden.

Tages-Gereignisse.

Deutschland. × Berlin, 11. März. Zum 80. Geburtstage des Prinzregenten von Bayern schreibt der Reichsanzeiger: „Seine Königliche Hoheit, der Prinz Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, vollendet am 12. März sein achtzigstes Lebensjahr. Wird dieses seltene Geburtstagsfest in den bayerischen Landen mit Kundgebungen treuer Anhänglichkeit für den geliebten Regenten begangen, so richten sich auch in allen anderen deutschen Bundesstaaten des Reichs die Blicke der Patrioten dankbar und verehrungsvoll auf den greisen, hohen Herrn, der als Zeuge und Mitstreiter aus der großen Zeit des Einigungskrieges mit nur noch wenigen Fürsten der Nation erhalten geblieben ist. Dem erlauchten Verbündeten Seiner Majestät des Kaisers und Königs, dem getreuen Verwalter des bayerischen Königthums, dem edel-sinnigen Förderer der Kunst, der Wissenschaften und der Humanität widmen wir ehrerbietige und herzlichste Wünsche für noch viele Jahre eines gesegneten Alters!“ In einem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus demselben Anlaß heißt

(1) Theresiens Glück.

(51. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sie vermuten ganz richtig, Durchlaucht, ich komme in amtlicher Angelegenheit“, begann Weber, aber Dallhoff unterbrach ihn: „Nicht so feierlich, mein verehrter Herr, zunächst nehmen Sie Platz und erlauben Sie, daß ich Ihnen eine Zigarre und ein Glas Wein anbiete. Ich kann sie Ihnen empfehlen“, fügte er hinzu, ein Kistchen Zigarren in den Bereich des Landrichters, der sich niedergelassen hatte, schiebend. Jetzt brachte auch Jean auf silbernem Präsentierbrett die Gläser und eine Karaffe mit Wein, und der Fürst wollte einschenken, aber der Landrichter hielt ihn zurück.

„Bitte, Durchlaucht, jetzt nicht“, sagte er, „ich habe mir sozusagen einen Uebergriff erlaubt und muß deshalb um Entschuldigung bitten.“

„Die ist Ihnen schon im Voraus gewährt“, entgegnete der Fürst artig.

„Nun denn zur Sache. Es ist mir mitgeteilt worden, ein Töchterchen des Obergärtners Gröbe habe Aeußerungen gethan, sie wisse etwas über die vergifteten Pfirsiche. Ich halte das natürlich für Kindergeschwätz, meine Pflicht ist es aber, die Kleine zu vernehmen.“

„Selbstverständlich“, antwortete Dallhoff; dem Landrichter entging es aber nicht, daß er sich verärgerte, und daß die Hand, welche er nach der Flasche ausstreckte, um für sich ein Glas zu füllen, zitterte. „Nur begreife ich nicht recht —“

„Warum dies hier geschehen soll?“ fiel der Landrichter ein. „Ich habe dafür Gründe, die ich Ihnen später auseinandersetzen will. Für jetzt gestatten Sie —“

Er drückte, ohne den Fürsten aus den Augen zu lassen, auf den an der Thür befindlichen Knopf des elektrischen Klingelzuges, und der Obergärtner Gröbe, seine Tochter an der Hand haltend, trat ins Zimmer. Hinter ihnen ward Schladenburg sichtbar, der aber an der Thür stehen blieb.

Gegen ihn wandte sich der bisher nur mühsam zurückgehaltene Zorn des Fürsten.

„Was führt Sie hierher, Herr Doktor Schleiden?“ fragte er. „Man scheint mir eine Komödie vorzuspielen zu wollen. Haben Sie auch eine Rolle darin übernommen?“

„Ach, wir spielen ja alle Komödie, Durchlaucht, der eine besser, der andere schlechter“, entgegnete Schladenburg mit angenommener Treuerichtigkeit.

Der Landrichter sagte aber: „Der Herr Doktor hat mir die Mitteilung gemacht, daß das Kind etwas zu der Sache zu sagen habe, ich habe ihn deshalb mit hergebracht.“

„Das ist aber ein seltsames und — nehmen Sie mir es nicht übel — ziemlich eigenmächtiges Verfahren, mein Herr Landrichter“, rief jetzt der Fürst hochmütig. „Mein Zimmer ist doch keine Gerichtsstube.“

„Nein, Durchlaucht, aber ich meinte, es wäre Ihnen zumeist daran gelegen, über den Tod Ihrer Gemahlin —“

„Gewiß, gewiß, aber Sie bergriffen auch, wie mich das alles aufregt“, unterbrach ihn Fürst Dallhoff. „Ich wundere mich wirklich, daß Sie mir dergleichen zumuten.“

„Sie werden bald einsehen, weshalb es sich nicht umgehen läßt“, entgegnete gemessen der Landrichter und begann nun die Vernehmung des kleinen Mädchens, das sich zwar mit beiden Händen fest an den Vater klammerte und schon nach dem Fürsten blickte, aber auf alle Fragen ohne Zögern antwortete.

Ein paar mal versuchte der Fürst das Verhör zu unterbrechen und das Kind in Verwirrung zu bringen, aber in einem immer strenger und kälter werdenden Ton verwies ihn der Landrichter zur Ruhe.

Er konnte sich doch zuletzt nicht mehr halten und wollte mit zum Schläge erhobenen Arme auf das Kind eindringen. Der Obergärtner und der vermeintliche Doktor Schleiden hielten ihn jedoch zurück, und er tobte nun: „Das ist ja eine wahre Räubergeschichte, die Sie dem Balg da einflüstern haben, Herr Doktor Schleiden, denn in Ihnen habe ich wohl

den Urheber der ganzen Intrigue zu entdecken. Wie viel zählt man Ihnen für die Rolle, die Sie Ihr Kind spielen lassen, Gröbe?“

„Meine Tochter spielt keine Rolle, sie spricht die Wahrheit.“

„Erlogen ist die ganze Geschichte vom Anfang bis zum Ende!“ tobte der Fürst. Das Mädchen ist an jenem Tage garnicht im Schloß gewesen.“

„Bitte, ich habe bereits Ihre Leute vernommen, die bezeugen, daß sie nach Jean gefragt hat, nach dem Speisezimmer gewiesen worden ist und Ihrem Kammerdiener die Bestellung wegen der Kerne ausgereicht hat“, bemerkte der Landrichter. „Auch ist bereits festgestellt, daß vor dem Couvert Ihrer Gemahlin ein Strauß von Orchideen, vor dem von Fräulein Bublagly einer von Nymphen ge-standen hat.“

„Und was wollen Sie damit beweisen?“

„Das Sie und kein anderer der Gistmischer sind“, sagte dicht an ihn herantretend der Landrichter, während er gleichzeitig Gröbe ein Zeichen gab, mit dem Kinde das Zimmer zu verlassen. „Der Tod Ihrer Gemahlin, deren Gesundheit sie systematisch zerstört hatten, konnte stündlich eintreten, dann waren Sie ein Bettler. Anders, wenn vor ihr die Tochter starb. Und Sie suchten dies herbeizuführen. Der vergiftete Pfirsich war für sie bestimmt, aber Sie mochten doch nicht dabei sitzen und zusehen, wie sie ihn verzehrte. Sie verließen, ehe der Nachschick gereicht ward, die Tafel.“

„Nun, für einen kaltblütigen Mörder trauen Sie mir doch viel Weichmütigkeit zu.“ spottete der Fürst, wischte sich aber verächtlich mit dem Taschentuch die Schweißtropfen von der Stirn.

Mit einem verächtlichen Nachein fuhr der Landrichter fort: „Nicht Fräulein Bublagly aß die für sie von Ihnen präparierte Frucht, sondern die Fürstin, welche nach Ihrer Berechnung die Tochter hatte überleben sollen, wenn auch nur für einen Tag, wenn nur für eine Stunde. Sie war dann die alleinige Erbin des Bublagly'schen Vermögens und nach dem Ehevertrag, den Sie mit ihr geschlossen, fiel es dann an Sie.“

es: „Auch im ganzen deutschen Reiche nimmt man innigen Anteil an diesem Tage, wo der Regent des zweitgrößten deutschen Bundesstaates das achtzigste Lebensjahr vollendet. Wir verehren in dem greisen sympathischen Prinz-Regenten von Bayern einen allezeit treu befundenen deutschen Bundesfürsten, der unermüdet über der Wohlfahrt seines Landes wacht, wie er eifrig an seinem Teil mitwirkt an dem Gedeihen des gesamten deutschen Vaterlandes. Die großen Begebenheiten des Kriegsjahres 1870-1871 haben den Prinzen Luitpold an der Seite König Wilhelms im Hauptquartier, und freudig bot er damals Herz und Hand, um die Einigung Deutschlands mit herbeiführen zu helfen. Ueber die Grenzen Bayerns hinaus wird es mit aufrichtiger Verehrung empfunden, wie er mit großer Umsicht in schwieriger Zeit für sein Land Jahre ruhigen und stetigen Gedeihens heraufführte. Den Glückwünschen, die ganz Bayern am 12. März seinem ehrwürdigen Regenten entgegenbringt, schließen wir uns aus warmen Herzen an. Gott erhalte Se. Königl. Hoheit den Prinzen Luitpold noch lange in jener Frische und Kraft, die den Achtzigjährigen auszeichnet, und segne auch fernerhin seine weise und glückliche Regierung!“

Der Kaiser telegraphierte an den Prinzregenten von Bayern:

„Mit schmerzhaftem Bedauern muß ich Dir an Deinem Ehren- tage fernbleiben, mit dem Du Dein achtzigstes Lebensjahr vollendest. Ich habe Dich mit dem herzlichsten Gedanken im Geiste Dir nahe bin. Mein ältester Sohn muß mich vertreten. Daß Dir von ihm sagen, mit welcher Freude ich an diesem Tage Dir Deine freudvolle Gestalt vergegenwärtige, wie ich mich mit dem treuen Bayernvolke, ja mit ganz Deutschland dem Fürsten und Hetzen Heil wünsche, in dem Gottes Güte und den hervorragenden Waffengeführten Wilhelm des Großen erhielt, den sie uns in seiner unüber- baren Frische und Mäßigkeit noch lange bewahren möge. Wilhelm.“

Der Prinzregent erwiderte: „Sehen von einer Ausfahrt nach Nymphenburg zurückgekehrt, erhalte ich Dein liebes Telegramm, dessen Inhalt mich innig rührt. Ich sage Dir für Deine warmen schmeichelhaften Worte meinen aufrichtigsten Dank. Es erfüllt mich mit tiefem Bedauern, daß Deine Absicht, die Feier Deines Geburtstages durch Deine Anwesenheit zu verherrlichen, durch einen vorübergehenden Zwischenfall vereitelt wurde. Ich freue mich, daß Du Dich entschlossen hast, Deinen geliebten Sohn, den Kronprinzen, welcher meiner herzlichsten Aufnahme versichert sein darf, als Deinen Vertreter hierher zu senden. Ich hoffe zuversichtlich, von ihm günstige Nachrichten über Dein Befinden zu vernehmen. Luitpold.“

Der Kaiser ist, wie der Reichsanzeiger schreibt, infolge der erlittenen Verletzung genötigt, noch auf längere Zeit sich eine besondere Schonung aufzuerlegen. Aus diesem Grunde ist auch die für den 22. d. M. in Aussicht genommene Enthüllung von den Gruppen in der Siegesallee und des Denkmals Kaiser Wilhelm I. in Potsdam bis auf Weiteres verschoben worden. Am Sonntag und heute mittag empfing der Kaiser den Reichskanzler Grafen v. Bülow zum Vortrag. Sonntag vormittag wurde folgendes Bulletin ausgegeben: „Der Wunderlauf vollzieht sich in normaler Weise. Die Schwellungen der Augenlider sind geringer. Schlaf und Allgemeinbefinden gut.“ Heute wurde kein Bulletin ausgegeben, das nächste wird wohl erst morgen erscheinen. Die Heilung der Wunde macht so regelmäßige Fortschritte, daß der Kaiser heute vormittag wieder sein Arbeitszimmer aufsuchen konnte. Gegenüber auswärtigen Presurteilen über das Attentat auf den Kaiser stellt die „Weser-Zeitung“ fest, daß die bisherige Untersuchung nichts ergeben hat, was auf einen politischen Charakter des Vorfalls schließe. Eine einwandfreie Zeugin meldete sich und erklärte, sie habe ein entsprechendes Eisenstück am Orte der That kurz vor der That am Boden liegen sehen. Ein Reichsanwalt war am Freitag in Bremen. Das Reichsgericht übertrug die Untersuchung dem Bremer Richter Donandt.

Aus Anlaß des Zwischenfalls in Bremen fand am Sonntage in allen kath. Kirchen der Diözese Münster und verschiedenen anderen Diözesen ein Dank-Gottesdienst statt.

Das Eisenstück, mit dem Weiland geworfen hat, ist nach polizeilichen Angaben eine sogenannte Lache von 21 Centimeter Länge, 5 Centimeter Breite und 8 Millimeter Dicke und einem Gewicht von 550 Gramm. Dasselbe war mit 4 Schraubenlöchern versehen und anscheinend noch nicht in Benutzung gewesen.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses, die sich mit dem Antrag betreffend die Kohlenpreise zu befassen hat, ist seitens der Vertreter des Centrums folgender Antrag eingebracht worden: „Die Kommission wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, anzuordnen beziehungsweise dahin zu wirken 1. daß auf den Gruben gemeinsame oder gesonderte Verkaufsstellen eingerichtet werden zwecks Ver-

kaufs der Kohlenförderung auch an kleinere Abnehmer und daß nur die voraussichtlich verbleibenden Förderungsüberschüsse an Großhändler gegen deren Verpflichtung, bestimmte Preise im Weiterverkauf einzuhalten, abgegeben werden, 2. daß monatlich durch Aushang an den Verkaufsstellen und Bekanntmachung in amtlichen und meistgelesenen Blättern doppelte Preislisten veröffentlicht werden, von denen die eine die von Großhändlern und Großkonsumenten, die andere die von Klein- händlern und kleinen Konsumenten geforderten Preise enthält, 3. daß in allen größeren Revieren besondere Beschwerdebefugnisse zur Entscheidung der Klagen und Beschwerden über zu hohe Preise, mangelhafte Lieferung und belästigende Bedingungen gebildet werden, 4. daß bei der Abgabe von Hausbrandkohlen in Zeiten der Kohlenknappheit strenge Kontrolle über Legitimation der Abnehmer und über den Bedarf an Kohlen in den Haushaltungen durchgeführt wird, wie Bescheinigung der Ortsbehörde usw., daß ferner den Abnehmern solcher Kohlen jede, ihren Verhältnissen angemessene Erleichterung gewährt wird, wie Verkauf an allen Wochentagen und auch in den Nachmittagsstunden.“

In der Kohlenkommission des Abgeordnetenhauses gelangte in der Sitzung am Freitag folgender Antrag v. Herderbrand (Kons.) zur Annahme: „Die Kommission ist der Meinung, daß während des Jahres 1900 in weiten Teilen des Landes eine Kohlennot in dem Sinne bestanden hat, daß eine große Menge von Konsumenten die nötigen Kohlen entweder gar nicht oder nur teilweise beziehentlich in vermindelter Qualität und zu außerordentlich erhöhten, hier und da sogar wucherischen Preisen und unter belastenden Bedingungen erhalten konnte, woraus schwere wirtschaftliche Mißstände sich ergeben.“ Auf eine Anfrage wurde von der Regierung bestätigt, daß die Firma Wollheim am 1. April 1902 gekündigt habe.

Ein Handelsgeheimnis: Getreidezölle gegen Kanalvorlage bietet die „Deutsche Tages-Zeitung“ der Regierung ziemlich unverblümt an. Sie fragt wieder einmal, wo der Zolltarif bleibe, und erklärt, vor der Erledigung des Tarifes sei die Ablehnung der Kanalvorlage sicher. Durch eine verständige Gestaltung des Zolltarifs könnten die wirtschaftlichen Bedenken, die gegen den Mittellandkanal obwalteten, vielleicht bei einigen beseitigt oder wenigstens abgeschwächt werden. Wollte die preussische Regierung die Stimmung für die ihr am Herzen liegende Kanalvorlage einigermaßen bessern, dann bleibe ihr nichts anderes übrig, als die Veröffentlichung und parlamentarische Erledigung des Zolltarifs mit aller Entschiedenheit zu beschleunigen.

Das Gesetz über die künstlichen Süßstoffe ist dem Bundesrat zugegangen, danach dürfen künstliche Süßstoffe nur unter staatlicher Kontrolle hergestellt und nur an Kranken- und Kuranstalten oder auf ärztliche Anordnung verkauft werden. Die gewerbmäßige Zubereitung von Süßstoff zu Nahrungs- und Genussmitteln ist verboten bei Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. Die Steuer auf künstliche Süßstoffe beträgt 80 Mk. für das Kilogramm. Das Gesetz soll am 1. April 1902 in Kraft treten.

Durch den Tod des Herrn v. Stumm ist eine Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Trier 6 (Ottweiler-St. Wendel-Reifenheim) erforderlich geworden. Ob die (freikonservative) Reichspartei den Wahlkreis behaupten wird, den Herr v. Stumm ausschließlich durch seine Persönlichkeit und durch seine gewalttätige Unterdrückung der Gegner in seinen Betrieben gehalten hat, steht sehr in Frage. Bei den letzten Wahlen am 16. Juni 1898 wurden an Stimmen abgegeben für Stumm 12 267, für das Centrum 12 493, für die Nationalliberalen 2918, für die Sozialdemokratie 112. In der Stichwahl siegte Herr v. Stumm mit 16 896 Stimmen über den Centrumskandidaten, der es auf 13 432 brachte. Daß bei der Ersatzwahl die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sehr beträchtlich in die Höhe schnellen wird, unterliegt keinem Zweifel.

Weshalb plötzlich jede persönliche Verbindung des Kaisers mit Herrn v. Stumm vor etwa 1 1/2 Jahren und infolgedessen auch der große Einfluß dieses Mannes aufhörte, ist in weiteren Kreisen unbekannt geblieben. Man sagt, daß sich der Kaiser durch eine allzu wenig höfliche Äußerung des Herrn v. Stumm verletzt gefühlt und dann, wie auch in anderen Fällen, den jahrelangen Verkehr plötzlich abgebrochen habe. — Freiherr v. Stumm sprach, wenn er im Reichstage anwesend war, außerordentlich oft und fast immer sehr lebhaft und schnell, wobei er, wenn er in Erregung geriet, heftig gestikuliert. Seine hohe, kräftige militärisch fixierte Gestalt überragte seine ganze Umgebung. Den 1870er Krieg hat er als Eskadronchef der Kavallerie mitgemacht.

Für das ihm geschenkte Gut Cadinen will der Kaiser, wie aus obigem berichtet wird, einen eigenen Hafen erbauen, sowie ein Anschlußgleis an die Haffuferbahn.

Organisation der Juden Deutschlands. Wie wir dem „Börsen-Cour.“ entnehmen, hat ein mit der Vorberatung der Organisationsfrage betrauter Ausschuss unter Hinzuziehung zahlreicher Delegierter aus allen Teilen des Reiches nach einem Antrag des Justizrats Breslauer aus Berlin den geschäftsführenden Ausschuss beauftragt mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Gesamtorganisation der Juden Deutschlands, der einer neuen Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Bis dahin ist der Anschluß derjenigen Organisationen zu erstreben, welche sich noch nicht erklärt oder sich ablehnend verhalten haben. — Von einem Judentage in der ursprünglich geplanten Form scheint man, so meint der „Börsen-Cour.“, nach diesem Beschlusse ganz absehen zu wollen.

Am Reichstage wurde am Montag der Kolonialetat beraten. Bei der allgemeinen Debatte bemerkte Abg. Bebel (Soz.), daß der Handel in Ostafrika hinter der Erwartung der Kolonialenthufanten zurückgeblieben sei und gegen früher sogar einen Rückschlag aufweise. Die Gütensteuer sei viel zu hoch, durch sie sei es zu zahlreichen Aufständen gekommen, bei denen Tausende Menschenleben umgekommen seien. Der Sklavenhandel sei noch immer nicht unterdrückt. Weder fragt an, ob Hauptmann Gannenberg, wie das Gerücht laute, wirklich eine Frau und ihr Kind getötet habe, weil letzteres ihn durch sein Schreien gestört habe. Abg. Dr. Haffke (nl.) nahm die Gütensteuer in Schutz. Der Rückgang des Handels rühre daher, daß der Sklavenhandel einen anderen Weg genommen habe. Deutsch-Ostafrika müsse eine Plantagenkolonie werden. Hierfür seien die Ansichten die allerbesten. Ferner müsse das kaufmännische und das gewerbliche

Clement mehr berücksichtigt werden, als bisher. Kolonialdirektor Dr. Stäbel giebt zu, daß der Handel sich nicht so entwickelt habe, wie man angenommen habe, das liege aber hauptsächlich an dem Mangel an geeigneten Verkehrsmitteln. Eine phantastische Unwahrscheinlichkeit sei es, daß Tausende von Menschenleben durch die Einziehung der sog. Gütensteuer vernichtet worden seien. Was die Hausflaverei anlangt, so könne die nicht ohne weiteres beseitigt werden, da sie auf Sitte beruhe. Der Hauptmann Kannenberg sei wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zur Dienstentlassung und zehnjährigen Gefängnis verurteilt worden. Abg. Dr. Frhr. v. Hertling (C.) kam auf eine schon bei einer früheren Gelegenheit vom Abg. Gröber gegebene Anregung zurück, die Hausflaverei in den Schutzgebieten einer allmählichen aber vollständigen Beseitigung bedingenden gesetzlichen Regelung zu unterziehen und sprach ferner die Bitte aus, unter Mitwirkung der Missionen ausreichendes Material über die Sklaverei- verhältnisse zu beschaffen und dem Reichstage vorzulegen. Im übrigen wurden die Etats der einzelnen Schutzgebiete entsprechend den Beschläffen der Kommission genehmigt, also u. a. die 2 Millionen Mk. für die ostafrikanische Eisenbahn gestrichen, dagegen wurde die Veranlagung über die Resolution der Kommission, betreffend den Bau dieser Bahn durch Privatunternehmer oder Privatgeld noch ausgesetzt, nachdem der Kolonialdirektor Dr. Stäbel erklärt hatte, dem Reichstage werde unmittelbar ein Gesetzentwurf, betreffend die Zinsgarantie des Reiches für den Bau dieser Bahn zugehen.

Im Abgeordnetenhaus sprach zum Kapitel „Schulaufsicht“ am Montag noch der Abg. Falkin (C.), der die Mißstände an den oberlehrlichen Schulen nochmals beleuchtete. In den Positionen betr. die Kreisschulaufsicht beantragte die Budgetkommission, von den geforderten Stellen für hauptamtliche Kreisschulaufsichtoren nur 3 zu bewilligen. Abg. v. Bülow-Bottelamp (Kons.) erklärte, seine Partei habe sich nach reiflicher nochmaliger Überlegung entschieden, auch die Stellen für Jgheue und Redlinghausen zu bewilligen. Abg. Dr. Dietrich (C.) betonte die prinzipielle Ablehnung der Partei gegen Kreisschulaufsichtoren im Hauptamt, ein Teil seiner politischen Freunde erkenne aber an, daß besonders in industriellen Gegenden die Kreisschulaufsicht im Nebenamt schwer durchführbar sei und wolle deshalb für diese Fälle von der prinzipiellen Ablehnung absehen. Dementsprechend wurden bei der Abstimmung vom Hause die beiden Stellen für Bochum, sowie die Stellen in Charlottenburg, Jgheue und Redlinghausen bewilligt, die in Gschweiler, Hr. Holland und Stuthof abgelehnt. In der von der Kommission beantragten Resolution auf Erhöhung der Remunerationen für die nebenamtlichen Kreisschulaufsichtoren und auf Bildung kleinerer nebenamtlicher Inspektionsbezirke gab der Minister eine entgegenkommende Erklärung ab; die Resolution wurde angenommen. Beim Titel Ortschulaufsicht führte Abg. Stante (C.) lebhafteste Klage über die Zurücksetzung katholischer oberlehrlicher Geistlichkeit bei der Schulaufsicht und bei den Schuldeputationen. Der Minister erklärte, an die Centralinspektoren seien Beschwerden oder Anträge in dieser Richtung noch nicht gelangt. Es folgte die Besprechung des Kapitels „Elementarschulen“. Abg. Dabach (C.) wies zahlenmäßig nach, daß die katholischen Minoritäten weniger rücksichtsvoll behandelt werden als die evangelischen, wenn es sich um die Einrichtung neuer Schulen handle. Ein Regierungskommissar betonte, daß sich die Verhältnisse für die Katholiken in den letzten Jahrzehnten bedeutend verbessert hätten; die Statistik zeige, daß die Unterrichtsverwaltung voll ihre Schul- pflicht gethan habe.

Fürsten und Völker. Prinz Ludwig von Bayern hat in einem Trinkspruch auf dem Kommerz, den die Polytechnische Hochschule in München aus Anlaß des achtzigsten Geburtstages des Prinzregenten veranstaltet hat, u. a. ausgeführt: Fürsten und Völker müßten aus der Geschichte lernen. „Sehen Sie auf die deutsche Geschichte; sie ist lehrreich. Bald waren die Deutschen oben, bald, wenn sie den Augenblick nicht verstanden, unten. Sorgen wir dafür, daß wir, die wir jetzt aufsteigen, nicht wieder sinken. Die Geschichte ist auch Lehrmeister für Fürsten und Völker. Die Fürsten muß sie lehren, Fehler zu vermeiden, und sie erinnern, daß Dynastien, die noch so befestigt waren, verschwunden sind, wenn sie nicht taugten und wenn sie ihrer Aufgabe, Führer des Volkes zu sein, nicht dienten. Aber auch Völker sind verschwunden, die in Wohlleber und Laster verfallen sind.“

Italien. In der Deputiertenkammer ist es am Freitag zu einer Erörterung über die Erneuerung des Dreibundes gekommen. Dem neuen Minister des Auswärtigen Prinetti ging der Ruf voraus, daß er ein Gegner der Dreibundspolitik sei. Dagegen berichteten kürzlich die Zeitungen, Prinetti habe kürzlich zu dem bayerischen Gesandten gesagt, es würde ein Verbrechen sein, den Dreibund nicht zu erneuern. Prinetti hat in der Deputiertenkammer eine Erklärung ob pro oder contra nicht gegeben.

Rom, 8. März. In Beantwortung einer Anfrage des Deputierten Guerci führt der Minister des Auswärtigen Prinetti folgendes aus: Guerci fragt mich, wie ich die Zusicherungen rechtfertigen wolle, die ich dem bayerischen Gesandten Herrn v. Tucher in Bezug auf die Erneuerung des Dreibundes gegeben hätte. Offenbar hat Guerci seine Frage auf Grund einer Meldung der Blätter über eine Unterredung, die ich mit dem bayerischen Gesandten gehabt haben soll, gestellt. Ich habe mit dem Herrn v. Tucher, der mich seit Jahren mit seiner Freundschaft beehrt, mehr als einmal Gelegenheit gehabt, ehe ich Minister war ebenso wie mit anderen Freunden auch über interessante Punkte unserer auswärtigen Politik zu sprechen. Der durch- aus private Charakter dieser Unterhaltungen würde mich davon entbinden, mich mit den darüber verbreiteten phantastischen Erzählungen zu befähigen; ich will Guerci aber doch erklären, daß in meinen Unterredungen mit dem bayerischen Diplomaten die Frage der Erneuerung des Dreibundes niemals auch nur erwähnt worden ist. Nach der Erklärung des Ministers Prinetti spricht sich Guerci gegen eine Erneuerung des Dreibundes aus und sagt, er behalte sich vor, gelegentlich der Beratung des Budgets des Auswärtigen auf die Frage zurückzukommen. Minister Prinetti erwidert, er werde mit gewohnter Aufrichtigkeit bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen seine Ansichten über die auswärtige Politik entwickeln; er könne Guerci aber schon jetzt versichern, daß er sich stets einzig und allein von den Interessen des Landes werde leiten lassen.

Spanien. Madrid, 11. März. Gestern Abend brachen wegen der Steuer-Ertroi Unruhen aus. Die Menge bewarf die Beamten mit Steinen, zündete 10 Zollhäuser an und verwundete vier Beamte, darunter einen schwer. Der Präfect stellte die Ordnung wieder her.

Portugal. Lissabon, 10. März. Die Militärschüler der polytechnischen Schule hier selbst haben gegen die Jesuiten lärmende Kundgebungen vollführt. Polizeibeamte drangen in die Schule ein und verwundeten einige Schüler mit Säbelhieben. Die Schüler richteten an die Deputiertenkammer eine Schrift, worin sie gegen die Uebergriffe der Polizei protestieren. Die Studenten sympathisieren mit den Militärschülern.

Afrika. erfährt, wie britischen Z den Nullen Zwei britische Abbea beg Truppen M Ankunft der Abessinien die britische vorrückten in Mann stellen durch indische

Pekin. hatte am 8. tischong im wurde nach viele Gemel Die Chinesen ein Mann

Pekin. besteht, in zeichnung maßregeln innerhalb e

Schar. News“ mel sich Tuan, träger in Verhaftung 20000, Kommissi

Urteilspruch dem betreff Lond

Vereinigten intimen Be mit Besor schurei betu und es u

diplo ma erfülle dur der Verei selbstlofes Christenhei

Diese wenig Ein

oo Die vormaliger großen Sa hatte sich w vor allem n leitenden W und vorzügl trag gebracht ginnend mit biete, welche Vereins zu Bach-Gounc

fact. Nach i seltenes Ge erstaunliches pyramiden r der Tüchtig der Ehrenp gramm, w nehmer in fammen hie

Vielele Kirchhof s Logisgast er geben woll Althändlern Althändler diesen Preis der Krimin Kronenwirt über eine Trottoirs f und im Ge von seiten hergestell Schöder di

+ Vie werbe. B hielt am 1 schaft Herr die Unfallu Mahmen d das Gewer Betriebe in die bisher Schloffer, Gewerbe, pflicht der daß er au daß die Un aushängen werden. J Betriebsrä länder pp, vermeintlic stände hing schränkt u Reber ern Jahre 53 p gekommen werden in angelegt un im Jüdische eintrete. G Verbandsch Herr Teile

der Ortsbe der Ortsbe genossenschaft Geichäftsver oder Berle gebenen be

(Fortsetzung folgt.)

Kolonialdirektor
entwickelt habe,
schlich an dem
tatsächliche Umkehr-
die Einziehung
werden, da sie auf
körperverletzung
brügel Gefährdung
(S.) kam auf eine
größer gegeben
boten einer eine
enden gefesselt
aus, unter Mit-
er die Slaverien.
Zu übrigen
prechend den Be-
2 Millionen M.
wurde die Beratung
Bau dieser Bahn
zugesetzt, nachdem
Reichstage werde
rante des Reiches

1. „Zusammenkunft“
Militäre an den
Positionen betr.
umfassen, von
inspektoren nur 3
(S.) erklärte, seine
Zugung entschlossen
zu bewilligen.
neigung der Partei
seiner politischen
ellen Gegenden die
bar sei und wolle
behebung absehen.
Gauße die beiden
burg, Tschob und
and und Stützpunkt
Resolution
antischen Kreislauf
Zusammenkunft
Erklärung ab; die
Schulinspektion
urücksetzung fatho-
schick und bei den
die Centralinspektion
noch nicht gelangt
arschulen“. Abg.
tholischen Minorität
die evangelischen
handelt. Ein Re-
schätzte für die
verbessert hätten;
voll ihre Schuldige

ig von Bayern
den die Polyz
des achtzigsten
hat, u. a. aus-
der Geschichte
chte; sie ist lehr-
d, wenn sie den
wir dafür, daß
inken. Die Ge-
Böcker. Die
leiden, und sie
festigt waren,
gten und wenn
n, nicht blienten.
in Wohlleber

mer ist es am
Erneuerung des
ter des Neupern
in Segner der
eten kürzlich die
rischen Gesandten
Dreibund nicht
ertenkammer eine

mer Anfrage des
Neupern Prinetti
die Zusicherungen
Befanden der Jhrn.
S. Dreibundes ge-
frage auf Grund
tag, die ich mit dem
Jch habe mit dem
einer Freundschaft
ehe ich Minister
über interessante
hen. Der durch-
gen würde mich
eten phantastischen
ich aber doch er-
dem bayerischen
Dreibundes nie-
der Erklärung des
eine Erneuerung
vor, gelegentlich
die Frage zurückzu-
de mit gewohnter
eiz des Neupern
entwickeln; er
daß er sich stets
en des Landes

tern Abend brachen
Die Menge bewarf
Zollhäuser an
men schwer. Der

Die Militärschüler
gegen die Jre-
t. Polizeibeamte
en einige Schüler
a die Deputierten-
die Nebergrieße der
atistieren mit den

Afrika. Somaliland. Wie das „Neuerliche Bureau“ erfährt, wird ein Heer des Kaisers Menelik mit den britischen Truppen bei der bevorstehenden Expedition gegen den Mullah im nördlichen Somaliland kooperieren. Zwei britische Offiziere haben sich von London nach Adis Abeba begeben, um dem Befehlshaber der abessinischen Truppen Ras Makonnen Rat zu erteilen. Sofort nach der Ankunft der britischen Offiziere in Adis Abeba wird von Abessinien aus der Vormarsch begonnen, während gleichzeitig die britischen Truppen von ihrem Stützpunkt bei Berbera vorrücken werden. Wie gemeldet wird, wird Menelik 20000 Mann stellen. Die freigebliebenen Somalitruppen würden durch indische Truppen verstärkt werden.

Der Krieg in China.

Peking, 10. März. Die deutsche Abteilung Ledebur hatte am 8. ds. ein Gefecht mit den Chinesen bei Tschang-tschong im Passe nächst der Großen Mauer. Der Paß wurde nach mehrstündigem Kampfe genommen; vier Kanonen, viele Gewehre und eine Menge Schießvorrat wurden erbeutet. Die Chinesen hatten 250 Tote; auf deutscher Seite wurde ein Mann verwundet.

Peking, 9. März. Der hiesige russische Gesandte besteht, wie aus chinesischer Quelle verlautet, auf der Unterzeichnung des Mandschurenabkommens, und stellt Zwangsmaßregeln in Aussicht, falls die Unterzeichnung nicht innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen werde.

Schanghai, 10. März. Die „North China Daily News“ meldet: Depeschen aus Tientsin zufolge befinden sich Tuan, Tungfuhjang und andere schuldige Würdenträger in Ninghsia und sind zum Widerstand gegen ihre Verhaftung vorbereitet. Tungfuhjang verfügt über 20000, Tuan über 10000 Mann. Ein kaiserlicher Kommissar ist auf dem Wege nach Ninghsia, um den Urteilspruch über die Schuldigen dort zu veröffentlichen und dem betreffenden Distrikt Gehoriam zu verschaffen.

London, 11. März. Die „Times“ melden aus New-York von gestern: Es ist zweifellos, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, obwohl sie noch immer wünscht, ihre intimen Beziehungen zu Rußland aufrecht zu erhalten, doch mit Bedauern das russische Vorgehen in der Mandschurei betrachtet, welches die amerikanischen Interessen schädigt und es unmöglich zu machen droht, daß China seine diplomatischen Verpflichtungen gegen Amerika erfüllen durch diejenigen Handelskonventionen, welche die Reder Vereinigten Staaten als Kompensation für ihr selbstloses Eintreten für China gegenüber der gesamten Christenheit schließlich erwarte.

Diese amerikanischen Vorkommnisse werden in Rußland wenig Eindruck machen.

Aus dem Regbz. Minden.

oo Viefelsfeld, 12. März. Die „Turnerschaft Viefelsfeld“ vormalsiger Gadderbaumer Turnerverein feierte am Samstag im großen Saale der Gesellschafts-Gesellschaft ihr 23. Stiftungsfest. Es hatte sich wie immer ein überaus zahlreiches Publikum eingefunden, vor allem war ein stattlicher Damenstolz erschienen. Nach den einleitenden Musikstücken wurde ein vom ersten Vorstehenden verfaßter und vorzüglich durchdachter Prolog von einer jungen Dame zum Vortrag gebracht. Dann nahm der Turnische Teil seinen Anfang, beginnend mit Gruppen-Übungen, etwas ganz neues auf diesem Gebiete, welche erst durchgeführt wurden. Die von Mitgliedern des Vereins zu Gehör gebrachten musikalischen Vorträge, Meditationen von Bach-Gounod, sowie „Le cygne“ v. Saint-Saens fanden großen Beifall. Nach dem Vorturnen, führte man ein in Turnvereinen wohl seltenes Gerät vor, ein dreifaches Red, woran die Gebrüder Müller erstaunliches leisteten. Die von 28 Turnern gut ausgeführten Leerturnpiramiden gaben ein großartiges Turnerspiel und zeugten von der Tüchtigkeit des 1. Turnwartes. Ein recht ansprechender Einakter, der Ehrenpolka oder die Deputation, bildete den Schluß des Programms, worauf dann der Ball in seine Rechte trat und die Teilnehmer in fröhlicher Stimmung bis zum frühen Morgen zusammen blieben.

Viefelsfeld, 12. März. Vor einigen Wochen war dem Kronenwirt Kirchhof sein neuer Leberzieher im Werte von 60 Mk. von einem Logisgast entwendet worden. Als am Donnerstag der Wirt ausgeben wollte, bemerkte er seinen Verlust. Auf Nachfrage bei dem Althändler Gallig verkauft worden war, und bekam der Wirt für diesen Preis seinen Leberzieher wieder. Als nun am Freitag Abend der Kriminalkommissar Schröder in dieser Angelegenheit beim Kronenwirts recherchierte, führte er vor der Thür desselben über eine häßliche Person aus Bindfaden hergestellte Abperrung des Trottoirs so schwer, daß er sich sehr erhebliche Verletzungen am Kopf und im Gesicht zuzog. Es wäre doch zu wünschen, daß wenigstens von Seiten der Stadt die Abperrungen in ordnungsmäßiger Weise hergestellt und beleuchtet werden. Wie die „Volksw.“ hört, will Herr Schröder die Stadt für den Schaden regreppflichtig machen.

**+ Viefelsfeld, 12. März. Unfallversicherung im Fleischerge-
werbe.** Vor einer Versammlung der Fleischer-Zunftung hier selbst hielt am 10. d. Mts. der Bevollmächtigte der Fleischerberufsgenossenschaft Herr Gen.-Insp. Deiters einen belehrenden Vortrag über die Unfallversicherung im Fleischergewerbe, welcher auch über den Rahmen des Fleischergewerbes hinaus von Interesse ist, da durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz auch andere handwerkliche Betriebe in die Versicherung einbezogen sind. Außer den Baugewerken, die bisher schon versicherungspflichtig waren, sind die Steinhauser, Schlosser, Schmiede, Schneidwerkzeug-, Fensterputzer- und Fleischer-Gewerbe. Der Vortragende wies zunächst auf die An- und Abmeldepflicht der Betriebe zu der Berufsgenossenschaft hin und führte aus, daß er auf seinen Revisionsreisen die Wahrnehmung gemacht habe, daß die Unfallversicherungsbedingungen, welche in den Betriebsräumen aushängen sollten, vielfach fehlten und infolge dessen auch wenig beachtet werden. Redner klagt über unzureichende Beleuchtung der Treppen und Betriebsräume, mangelhafte Fußböden und Treppenhäuser u. Treppengeländer pp., wodurch leicht Unfälle hervorgerufen würden. Es seien dies vermeintlich Kleinigkeiten, doch müsse streng auf Beseitigung solcher Mängel hingewirkt werden, damit die Unfälle nach Möglichkeit eingeschränkt und eine übermäßige Belastung der Betriebe vermieden werde. Redner erwähnt dabei noch, daß statistisch festgestellt sei, daß im vor. Jahre 53 pSt. der bei der Fleischerberufsgenossenschaft zur Anmeldung gekommenen Unfälle auf ein Verfehlen der Arbeitgeber zurückgeführt werden könne. Komme ein Unfall vor, so müsse sofort ein Notverband angelegt und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Gerade im Fleischergewerbe sei Voricht zu empfehlen, da leicht Blutvergiftung eintrete. Es seien deshalb die von der Berufsgenossenschaft angepriesenen Verbandstaschen jedem Betriebsinhaber zur Anschaffung zu empfehlen. Herr Deiters weist dann noch ganz besonders auf die Pflicht der Betriebsinhaber zur sofortigen Anmeldung der Unfälle, sowohl bei der Ortspolizeibehörde als bei dem Ortsvertrauensmann bzw. Berufs-genossenschaft hin und führt aus, daß zu einer ordnungsmäßigen, Gefährdungs- und Berufsgenossenschaftlichen jede Betriebsveränderung oder Verlegung anzumelden sei. Durch genaue Beachtung der gegebenen berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, namentlich der Unfall-

verhütungsvorschriften könne sich jeder selbst am besten vor Strafen schützen. Herr Obermeister Carl v. d. Nahmer dankte dem Redner für seine Ausführungen und sprach die Hoffnung aus, daß die Belehrung bei den Zunftmitgliedern fruchtbaren Boden finde. Der Vortragende teilte dann noch mit, daß er bei Revisiten des Schlachthaus alles in bester Ordnung gefunden habe. Die Einrichtungen und Ordnung sei besser als auf manchem Schlachthofe, welcher in städtischer Verwaltung stehe. Die Revision der einzelnen Fleischerbetriebe erfolgt in den nächsten Tagen.

+ Viefelsfeld, 12. März. Die Natur prangt wiederum im schönsten Winterkleide. Eine tiefe Schneedecke bedeckt die Erde, und es schneit noch in einem fort weiter. Die Bäume verpackten sich wegen Schneewehe, und unter Frühlingsdächern darf einstweilen noch nicht daran denken, seinen Pegasus zu besteigen.

— Viefelsfeld, 12. März. Der Burenkommandant Jooste wird hier am Freitag, den 15. März einen Vortrag halten.

Wiedenbrück, 12. März. Der Herr Oberpräsident hat den Burengehilfen Bernard Sendler zu Wiedenbrück zum ersten Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Redenberg im Kreise Wiedenbrück ernannt.

Naumburg, 10. März. Dem am 12. November 1866 zu Naumburg geborenen Kolon Ferdinand Dittvorhof und seiner Ehefrau Katharina Dittvorhof, geborenen Ströer, geboren am 1. Februar 1871 zu Naumburg, ist die Genehmigung zur Führung des Familiennamens „Dorhof“ erteilt.

+ Aus der Grafschaft Nieberg, 10. März. Sie brachten in Nr. 54 unter den Lokalnachrichten einen aus Neuenkirchen datierten Artikel, wovon man nicht so recht weiß, was man daraus machen soll. Es mag ja sein, daß augenblicklich an der Hauptstraße des Kirchdorfes Neuenkirchen in Bezug auf Baupläne eine gewisse Preisschraube besteht, obwohl es auch dort an „Geschäften“ nicht mangelt. Im übrigen sind in den Gemeinden Neuenkirchen und Nieberg selbst in den besten Tagen wie an der Chaussee zu dem neuen Bahnhofe für 1000 bis 1500 Mk. pro Morgen Baugrundstücke noch genug zu haben. Bezüglich der neuen Fleischwarenfabrik, wovon wir schon berichtet hatten, daß sie auch der Landwirtschaft der Umgegend gute Dienste leisten werde, „erinnert“ der Verfasser nur an Barendorf, Bratel etc., wo mehrere 100000 Mk. zugelegt worden und den Aktionären die Lust am Weiterarbeiten verloren gegangen sei. Er erhofft jedoch für Neuenkirchen bessere Resultate, „weil der Vorstand aus 3 sehr vorzüglichen und tüchtigen Kaufleuten besteht“. ... Warum man bloß auf Barendorf und Bratel und nicht auch auf Gütersloh exemplifiziert, ist uns nicht recht klar, und auch im Nieberger Lande und in Neuenkirchen selbst gibt es ja schon Privatgeschäfte dieser Art, welche unseres Wissens selbst bei mangelhaften Einrichtungen recht gut wegkommen. Wir möchten doch auch wohl glauben, daß das erst in der Entwicklung begriffene landwirtschaftliche Genossenschaftswesen noch eine Zukunft hat. Was dann den Hinweis auf die Bauhäufigkeit anlangt, so kann man dem Einfachen ja darin beistimmen, daß sich unsere Gegend in den letzten Jahren bedeutend gehoben hat. Dies hat aber seinen Grund mehr in der neueren besseren Behandlung unseres zurückgebliebenen Sandbodens und den dadurch erzielten höheren Erträgen, als in der Entwicklung der Industrie. Von letzterer haben wir überhaupt noch nicht viel verspürt. In Neuenkirchen besteht allerdings eine Zentrifugenfabrik, aber deren giebt es ja auch an andern Orten in unserer Nachbarschaft.

+ Huenwedde, 9. März. Ein Langfingerhieb schlich eines Nachts in dieser Woche durch den Pferdestall in das Haus des Kolons Gimer gen. Wismann hier selbst, ging in eine Kammer, worin sich ein Bett befand, welches gewöhnlich unbewohnt war. Der Dieb öffnete das Fenster, ergriff den Obertheil des Bettes, um dieses erst durch das Fenster zu schieben, aber, o weh! in dem Bette schlief doch jemand, nämlich die Schwester des Kolons G., welche auf einige Tage dort anwesend war. Als ihr die Bettdecke abgezogen wurde, erwachte sie, sah eine große Gestalt am Fenster hantieren und rief, so laut sie konnte, um Hilfe. Unser Dieb hatte aber nichts Gileres zu thun, als durchs Fenster zu springen und davon zu eilen, ohne an Wiltnehmen des Bettes zu denken.

Faderborn, 11. März. An Stelle des als Konviktsdirektor nach Dortmund versetzten Herrn Dr. Paul Funke ist in der Religionslehrer Josef Schulte vom Realgymnasium in Witten an das Konvikt berufen worden. Er stammt aus Dedingen, ist geboren 1871 und Priester seit 1895.

Aus dem Münsterlande.

+ Nordkirchen, 12. März. Vorige Woche starb hier ein alter Geizhammel, der in den ärmlichsten Verhältnissen lebte und beifallsweise in diesem ganzen Winter in seiner Stube nicht heizte, nur, um das Geld für Heizungsmaterial zu sparen. Nach seinem Tode fand man im Stroh seiner Bettstelle versteckt eine Barschaft von über 2000 Mark!!

Münster, 9. März. Provinziallandtag. Mit der Errichtung einer unter provinzialer Verwaltung stehenden Pensionskasse für bedienstete Beamte und Lehrer der Kreise, Städte und Korporationen in der Provinz Westfalen hatte sich der vorjährige Provinziallandtag einverstanden erklärt und den Provinzial-Ausschuß mit der Vorbereitung des Reglements und der Einrichtung der Kasse beauftragt. Der Provinzial-Ausschuß hatte einen Entwurf ausgearbeitet, und alsbald nach der Feststellung desselben ist durch eine Umfrage bei den Kreisen und Städten ermittelt, welche von ihnen, sofern die Satzungen in den vom Provinzialausschuß beschlossenen Grundzügen ministeriell genehmigt werden sollen, zum Eintritte in die Kasse bereit sein würden. Daraufhin haben 51 Städte mit 790 Beamten- und Lehrstellen ihre Zusage in verbindlicher Form erklärt bzw. in sichere Aussicht gestellt. 13 Städte und 3 Kreise haben den Zutritt abgelehnt, 14 Städte und 7 Kreise bisher nicht geantwortet. Der Entwurf wird gutgeheißen.

— Es folgt hierauf die Beratung über den Antrag Jungelbott betr. Erweiterung der Akademie zu Münster. Der Antrag wurde einstimmig angenommen mit einem Zusatztrage des Abg. Frey. v. Wendi, die Staatsregierung von dem Beschluß in Kenntnis zu setzen und sie um die erforderlichen Vorbereitungen zu bitten. Darauf wurde der 42. Provinziallandtag geschlossen.

Stierfeld, 8. März. Die Zivilkammer zu Essen brachte kürzlich einen interessanten Prozeß zur Entscheidung. Der Müller Spidenbaum von hier hat die Zeche Stierfeld verklagt, weil sie ihm durch die Errichtung der Schlackenberge den Wind für seine Windmühle wegnahm. Die strittige Sache wurde durch mehrere Instanzen verurteilt, und das obige Gericht entschied zu Gunsten des Klägers. Nach dem Urteil muß die Zeche die Schlackenberge abtragen, was ja allerdings nicht gut möglich ist, oder an den Müller Spidenbaum eine entsprechende Entschädigung zahlen, welche letztere ein nettes Sümmchen betragen mag.

Aus Westfalen und Nachbarländern.

+ Dortmund, 11. März. Zwangsmaßregel gegen einen Rechtsanwalt. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich heute die Frau eines Fabrikunternehmers und ein Bergmann wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Es ergab sich, daß die Angeklagten ohne Verteidiger waren, es war allerdings für den Rechtsanwalt Stöck der Rechtsanwalt Bohnert erschienen, der erklärte, der erstere sei erkrankt und könne infolgedessen nicht auftreten, er (Bohnert) könne die Verteidigung nicht übernehmen, weil er nicht genügend informiert sei. Da für die Angeklagten im Augenblick kein anderer Verteidiger zu haben war, stellte der Vorsitzende fest, bei den Akten befände sich keine spezielle Vollmacht, es sei nur eine Anzeige des Ehe-mannes der angeklagten Frau bei den Akten, aus welcher hervorgehe, daß er die Rechtsanwält Stöck, Bohnert und Becker mit dem Rechte der Substitution als Verteidiger bestellt habe, und daß unter diesen Umständen der Rechtsanwalt Bohnert die Verteidigung übernehmen müsse. Da letzterer sich dennoch aus dem angegebenen Grunde weigerte, die Verteidigung zu übernehmen, blieb dem Gerichtshofe nichts anderes übrig, als wie die Vertagung der Sache zu beschließen. Dem Rechtsanwalt Bohnert wurden indessen die Kosten des Termins auferlegt, die nicht unbedeutend sind. Der Gerichtshof ging von der Ansicht aus, daß alle drei Verteidiger (es handelt sich um eine Doppelfirma) verpflichtet gewesen seien, sich zu informieren, damit einer den andern hätte vertreten können.

□ Dortmund, 11. März. Auch ein Zeichen der Zeit. In der gegenwärtigen Tagung des Schwurgerichts, die 14 Tage dauern werden mehr als die Hälfte der Angeklagten sich wegen Straßenraubes zu verantworten haben. Der Vorsitzende des Schwurgerichts, welches heute morgen zusammentrat, bemerkte in seiner Begrüßung an die Geschworenen, diese auffallende Erscheinung hänge zweifellos mit dem Niedergange der Industrie zusammen, es sei ohne Frage eine Folge der verminderten Erwerbsfähigkeit. Die Schlußfolgerungen des Schwurgerichtsvorsitzenden treffen leider in vollem Umfange zu.

Mülheim a. Rh., 10. März. Der an der Danzigerstraße wohnende 53jährige Schreiner Porchen lebte mit seiner 46 Jahre alten Frau mit der er in zweiter Ehe verheiratet war, in Unfrieden. Als die Frau ihm am Samstag Abend bei einer zwischen beiden entstandenen Streitigkeit drohte, sie würde ihn verlassen, brachte er ihr mit einem Taschmesser mehrere Stiche in der linken Seite bei. Die Frau eilt hülfesuchend die Treppe hinunter und brach dann tot zusammen. Der Thäter wurde der Polizei übergeben.

Mün., 11. März. Gestern Vormittag wurden im Abort der Milchwirtschaft am Volksgarten, unweit des Einganges von der Eiselfstraße, ein junger Mann und ein etwa 22jähriges Mädchen beide mit Schußwunden im Kopfe, aber noch lebend, aufgefunden. Man alarmierte die Feuerwehr, welche die beiden sehr schwer Verletzten in einem Krankenwagen nach dem Bürgerhospital schaffte. Aus Briefen, die bei beiden gefunden wurden, geht hervor, daß sie in einem hiesigen Gasthause unter dem Namen eines Ehepaares aus Hamburg gewohnt haben. Liebeskummer scheint die Ursache der Selbstmordversuche zu sein. Beide sind anscheinend in Hamburg zu Hause.

Essenbrück, 11. März. Für den deutschen Katholikentag, der im Laufe des Sommers hier abgehalten werden soll, wurden die Lokal-Komitee und die einzelnen Kommissionen gewählt. Danach fungieren Domdechant Schoo als Ehrenpräsident, Mutzschke Engel als Vorsitzender, Weinbänder Hoberg und Rechtsanwalt Großkopf als erster, bzw. zweiter Vizepräsident; ferner gehören dem Vorstand Generalvikariatssekretär Bedckäfer, Rechtsanwalt Verenzen, Rechtsanwalt Schweigmann und Oberlehrer Dr. Bonhöfte an. Schatzmeister ist Bankier Schwenger. Weiter sind Vorsitzende der Redner-Kommission Professor Dr. Widdendorf, der Pres.-Kommission Seminarlehrer Pröbking, der Finanz-Kommission Domstrukturaler Freund, der Bau- und Dekorations-Kommission Baumeister Vehn, der Wohnungs-Kommission Kaufmann Schmidt und der Fest-Kommission Kaufmann Peter Grote.

— m. Essenbrück, 12. März. Die gestern am hiesigen humanistischen Gymnasium Carolinum vorgenommene Abiturientenprüfung bestand von 25 Oberprimären 24. 8 wurde auf Grund ihrer guten schriftlichen Arbeiten das mündliche Examen erlassen.

Vermischtes.

— Wegen Soldatenmishandlung ist in Dresden der Unteroffizier Godard vom 177. Infanterie-Regiment zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte, wie nach dem „Vorw.“ die Verhandlung ergab, die ihm unterstellten zwölf Mann nur mit „Du“ angeredet, täglich geohrfeigt, oft mit dem Gewehrkolben gestoßen und sie mit einer Nadel in die Beine gestochen, wenn sie nicht eine genügende Anzahl Klimmzüge machten. In der Instruktionsstunde schlug er die Leute mit der Faust ins Gesicht und an die Brust und ließ sie übermäßig lange Kniebeuge machen oder knien. Am Karfreitag befahl er einem an Heiserkeit erkrankten Soldaten, vor seinen Augen drei Liter Bier zu trinken. Er ließ die Soldaten nach Kommando essen und verbot ihnen auf längere Zeit das Rauchen. Als ein Soldat sich bei ihm krank meldete, schlug er ihn. Für den Fall einer Beschwerde bedrohte er die Leute mit Schlägen. In einem Falle tadelte er einen Soldaten in die Schulter. Auf einen anderen Soldaten ging er mit dem offenen Messer los und schrie: „Gund, ich erstehe Dich! Geh mir aus den Augen!“

— New-York, 11. März. Gestern und vorgestern wurden die nördlichen und westlichen Staaten der Union von einem schweren Sturm heimgesucht, der die Eisenbahnverbindungen sowie den telegraphischen und telephonischen Verkehr störte. In Wills Point im Staate Texas kamen 8 Personen ums Leben; in anderen Teilen des Landes sollen gegen 100 obdachlose Personen ums Leben gekommen sein.

Wetterausichten.

Am 13. März: Wechselnd bewölkt, etwas kälter, Niedererschläge.
Am 14. März: Abwechselnd heiteres und wolfiges Wetter ohne nennenswerte Niederschläge. Nachtfrost, mittags milde.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Wils. Clements in Viefelsfeld, für den übrigen Inhalt: S. Knippschild in Lette. — Rotationsdruck und Verlag von C. Götterdort in Viefelsfeld und Lette. — Expedition: Viefelsfeld, Rotherstraße 1.

Elektrizitätswerk und Straßenbahn der Stadt Viefelsfeld.

Bedingungen für die Erteilung von Schülerkarten.

- § 1.
Schülerkarten werden nur an Schüler und Schülerinnen hiesiger Schulen persönlich verausgabt.
- § 2.
Die Schülerkarten berechnen sich nur an Wochentagen bis 8 Uhr abends zum Zweck des Schulbesuchs zur Fahrt auf den auf der Karte bezeichneten Linien der Straßenbahn, soweit Platz im Wagen vorhanden ist; die Benutzung von Sonderzügen ist ausgeschlossen.
- § 3.
Der Preis einer Schülerkarte, gültig für die auf der Karte bezeichnete Strecke, beträgt für einen Kalendermonat:
für die ganze Strecke M. 4,—
für die Stadtbahn M. 3,—
- § 4.
Die Schüler haben ihre Karten beim Eintritt der Fahrt unaufgefordert vorzuzeigen sowie allen Anforderungen der Schaffner, namentlich auch in Bezug auf den einzunehmenden Platz, willig Folge zu leisten; dagegen sind die Schaffner angewiesen, an den Haltestellen dem Aus- und Einsteigen der Schüler besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Unter keinen Umständen darf auf- oder absteigen während der Fahrt in Bewegung ist; den hiergegen fehlenden Schülern werden fernere Schülerkarten nicht mehr erteilt.
- § 5.
Mißbrauch von Karten durch Abgabe derselben an andere Personen oder durch Benutzung zu anderen, als den im § 2 bezeichneten Fahrten, hat die sofortige Einziehung der Karten ohne Entschädigung zur Folge.
Auch wird in solchen Fällen die Ausgabe fernere Schülerkarten vorübergehend oder dauernd verweigert werden.
- § 6.
Die Ausstellung der Karten erfolgt gegen Anerkennung der Bedingungen werktäglich vormittags von 9 bis 12 Uhr im Bureau der Betriebsleitung am Alten Schildechen Weg Nr. 8.
Bedarfs Erteilung von Schülerkarten haben die Eltern ein an der vorgenannten Stelle zu empfangendes Antragsformular auszufüllen und den Schulbesuch des Schülers durch Verzeichnung des Lehrers nachzuweisen. Formulare für diese Verzeichnung können im Bureau der Betriebsleitung bei Beantragung von Karten seitens der Eltern in Empfang genommen werden.
Die Ausgabe weiterer Karten erfolgt gegen Austausch der alten im Geschäftsräume der Direktion und gilt die Anerkennung dieser Bedingungen ohne weiteres für jede fernere Karte.

Viefelsfeld, den 1. März 1901.

Die Direktion.

Die Entwicklung der Kolonien.

Dem Reichstag sind die üblichen Jahresberichte über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete zugegangen. Sie erstrecken sich durchweg auf das Jahr von Mitte 1899 bis Mitte 1900. Als erster Bericht erscheint der über

Togo. Das Schutzgebiet war zur Berichtszeit von 114 Europäern bewohnt. Eine im August eingeführte Auswanderungsgebühr von 10 M. auf den Kopf, die bezweckte, dem Schutzgebiet seine arbeitsfähige Bevölkerung zu erhalten, wurde im ersten Halbjahre 1900 aufgehoben. Was die Kulturverhältnisse betrifft, so wird im allgemeinen über den Raubbau geklagt, der mit den Kautschukplantagen getrieben wird und der während des Berichtsjahres einen Niedergang der Gummi-Ausfuhr auf 82t, von 177t im Vorjahre zur Folge hatte. Bekanntlich ist Togo als Baumwollland anzusehen. Ende Juni waren auf der Dönglasschen Pflanzung am Agoberge 17ha mit ägyptischer Baumwolle bepflanzt; als Becheltkultur kommt Tabak in Betracht, der in einzelnen Landesteilen (Bafari) schon von den Eingeborenen so gut gebaut wird, daß ausländische Ware nicht mehr benötigt wird. Aus den Mitteilungen über den Bezirk Kete-Krati geht hervor, daß das ganze Flachland bis Samfame-Mangu sich für die Baumwollkultur eignen dürfte. Bei den vielfältigen Kulturversuchen im Versuchsgarten zu Lome und auf den Stationen hat sich ergeben, daß der Kolabaum in Bezug auf Boden weniger Ansprüche macht, als man früher annahm. In dem Versuchsgarten auf der Station Atapame wird im Einverständnis mit den Hauptlingen ein Zunge aus jedem der Nachbardsdörfer ohne gegenseitige Vergütung unterrichtet. Die Pflanzungen des Küstengebietes, auf denen hauptsächlich Kokospalmen stehen, dehnen sich wesentlich aus; so sind in Kpeme 143.000 Bäume angepflanzt, und die Proben der dort gewonnenen Kopa wurden gut bewertet. Die Handelsverhältnisse haben sich gehoben: Einfuhr 3,3, Ausfuhr 2,6 Millionen Mark. (In dem anstehenden, von Frankreich besser geförderten Dahome leidet der Gesamtmarkt 1899: 20 Mill. Mark.) Mehr als einige Begebenheiten hat der Bericht nicht zu vergleichen; die Wege reichen noch nicht weit landeinwärts. Der Viehzucht — Ninder hauptsächlich in Atapame, Pferde in Sokode — wird die Regierung die nötige Aufmerksamkeit widmen. Bemerkenswert ist, daß sie auch bestrebt ist, nach Möglichkeit die Nörigen (nicht Sklaven) im Bezirk Atapame freizukaufen. Die Verhältnisse sind allgemein friedlich; vielfach sind Eingeborene gerne bereit, am Unterhalte der Wege mitzuwirken. Für den Bau einer Landungsbrücke in Lome und einer Kleinbahn von Lome nach Klein-Popo wird im Etat für 1901 je eine erste Rate von 450.000 und 150.000 M. verlangt. Der Gouverneur wünscht eine Drahtverbindung mit Mifaböhe. Auffällig ist eine Steuererhöhung, die ganze 105 Mark einbringt; von solchen Kleinigkeiten sollte man doch absehen.

Kamerun. Die weiße Bevölkerung dieses Schutzgebietes ist von 425 auf 528 gestiegen; die Zahl der Beamten und Angehörigen der Schutztruppe beträgt nur 81. Eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse ist den Zuckerkulturen in Buca, Ode und Johann Albrechts-Höhe zu verdanken. Am 30. Juni betrug das bebaute Areal der Pflanzungen 3056ha (wovon 2921 mit Kakao bestanden), die Zahl der Arbeiter 3673. Letztere Zahl bezeichnet einen Rückgang. Trotz der vorerwähnten Aufhebung der Auswanderungsgebühr in Togo waren von dort Arbeiter nicht zu erhalten. Wir fügen hinzu, daß die Arbeiterbedeutung der Pflanzungen des Kamerungebietes 8000 Mann beträgt, und daß unter diesen Umständen der Gouverneur wohlthut, in dieser Gegend keine weiteren Konzeptionen zu vergeben. Die Ausfuhr betrug 1899/1900 5,1, die Einfuhr 12,7 Millionen Mark; erstere ist ungefähr gleich geblieben, letztere um zwei Millionen gestiegen. Mit 254t im Werte von 244.000 M. kommt der Kakao immer noch an fünfter Stelle. Mit 1,3 Millionen Mark haben sich die Einnahmen des Schutzgebietes nur unwesentlich gehoben. Durch die Expedition des Hauptmanns v. Besser und die Errichtung der Station Nifalpe ist der Nordbezirk dem Handel wiedergewonnen und die weitere Erschließung in diesem Bezirk ermöglicht. In der Sango-Algo-Gefilde befestigt sich die deutsche Herrschaft immer mehr. Neue Stationen sind in Bolowola (im Lande der widerstehenden Bubi) und in Yabassi am Buri errichtet. Ein Wegebau von Yaunde über Ngila nach Jots ist im Gange. Der Voranschlag für 1901 sieht Ausgaben für die Verlegung des Quartiers der Schutztruppe in Kamerun-Stadt, 100.000 M. für Wegebauten, 300.000 M. für Befestigung der Küste u. a. vor.

Deutsch-Südwestafrika. Die europäische Bevölkerung beträgt 1139, die zum ersten Mal gezählte eingeborene Bevölkerung 6,1 Mill. Einwohner. Der Regen war reichlich. Auf der Regierungs-Pflanzung Kufafini ist die Anbaufläche der von Dr. H. S. S. in das Schutzgebiet eingeführten Sisalagave ausgedehnt worden; der dort gewonnene Saft findet in Hamburg eine sehr günstige Aufnahme. Da nun der Zweck der Pflanzung, auf Private anregend zu wirken, erfüllt ist, hat die Regierung die Anlage an die Rheinische Handels-Plantagen-Gesellschaft verkauft. Auf mehreren Stationen werden Versuche mit Anpflanzungen von Ceara-Kautschuk gemacht; in Mufimbe am Nufini wurden die früher anderwärts betriebenen Versuche mit Tabak mit Erfolg fortgesetzt. — Bergassessor Dr. Danks setzte seine Erforschung des Bodens nördlich und nördlich vom Kuafafie fort und stellte dort ganz bedeutende Lager von Eisenstein fest. In der Untersuchung der Goldfunde des Ufina-Gold-Syndikats und der Frangit-Gesellschaft trat ein Stillstand ein. Ein Unternehmer beutet eine Granatfundstelle bei Namaputa im Hinterlande von Lindi aus. Auch die private Ausbeutung des Ufina-Glimmers ist in die Wege geleitet. Wir erfahren mit Bezug auf das Fortwachen, daß im Bezirk Nufini bereits regelrecht geschlagen wird. — Die Häuser- und Hüttensteuer lieferte günstige Ergebnisse; 478.000 Rupien (zu 1,40 M.) im Jahre 1899 gegen 402.000 im Vorjahre. Der Ertrag der Zölle ist abermals ein wenig, und zwar um 134.000 Rupien, auf 1,04 Millionen Rupien zurückgegangen. Es wird dies, da der Ausfall zumeist auf die Einfuhrzölle kommt, auf die zeitweilige verminderte Kaufkraft der Bevölkerung und die Ablenkung des Verkehrs auf die Ngandabahn und die schiffbaren Wasserwege Sambesi-Schire und Congo zurückgeführt. Der Gesamtmarkt betrug 1899 14,8 Millionen gegen 16,2 Millionen im Jahre 1898. Ueber die Zukunft des Handels in der Kolonie enthält der Bericht Angaben, die günstiges voraussetzen lassen (1) falls das Land durch die Centralbahn erschlossen wird. Er verweist für das Gewerbe auf die Ausfichten der Agave, der Ramech, des Zuckerrohrs, der Hölzer, einen Kalbbruch an der Eisenbahn von Tanga nach Mufaha, usw.

Deutsch-Südwestafrika. Die weiße Bevölkerung war am 1. Januar 1900 auf 3388 Köpfe gestiegen. Mit den Eingeborenen, die sich eines wachsenden Wohlstandes erfreuen, gab es nur unwesentliche Schwierigkeiten. Zum Teil als eine Folge des fortschreitenden Bahnbaues zwischen Swakopmund und Windhoek zeigte die wirtschaftliche Entwicklung zwei Merkmale: die Verrückung des Schwerpunktes der Erwerbstätigkeit vom Gebiete des Frachtfuhrgeschäftes auf das des Farmbetriebs, und den vorläufigen Stillstand des Binnenhandels. Im Bezirk Rehoboth wurde das Vorkommen von Kupfer an 14 Punkten, dasjenige von Gold und Silber an 5 Punkten festgestellt. Die Ausbeutung der Fundstellen gilt als rentabel. Eine Vereinigung von Kaufleuten aus Swakopmund will den Abbau eines Kupfererz-lagers nordwestlich der Hohegrube in Angriff nehmen. Aus der South West African Company ist im Laufe des Berichtsjahres unter Mitwirkung der Distriktsverwaltung in Berlin die Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft hervorgegangen, die zunächst eine Erschließungsbahn von der Küste nach den Gruben anlegen soll. Das hierfür und für die Errichtung des Bergbaues erforderliche Kapital ist auf 40 Millionen Mark bemessen. Für den Bahnbau wird die Strecke aufgenommen, auch die Vorarbeiten zum Bergbau sind im Gange. Die Genehmigung der Otavi-Gesellschaft als Kolonialgesellschaft steht noch

aus. Die Matchless Estate und Mining-Company hat sich durch Vertrag verpflichtet, binnen 12 Monaten nach Eröffnung der Windhoek-Bahn die Matchlessgrube in ordnungsmäßigen Betrieb zu nehmen. In dem öffentlichen Schürfgeliet von Verfabu, wo Diamanten schon früher erkannt worden sind, werden die Schürfarbeiten fortgesetzt. Mit 883.000 M. weisen die Zölle ein Mehr von 213.000 M. für 1899 auf. Die Ausfuhr betrug 1,4, die Einfuhr 8,9 Millionen Mark.

Neuguinea. In Neuguinea und den Karolinen, Marianen- und Palauinseln (mit Ausnahme der Ostkarolinen) sind 353 Europäer anständig. In Neuguinea sind die Pflanzungen der Europäer in erfreulicher Ausdehnung begriffen, ebenso die Viehzucht. In dem Ramugebiete stellte eine Expedition auf dem Gebiet der Neuguinea-Kompagnie Alluvial-Goldvorkommen fest. Auch in dem südlichen Teil Neuguineas hält man das Vorkommen von Gold für wahrscheinlich. Der Handel ergibt für den Bismarck-Archipel: Einfuhr 1,24 Mill., Ausfuhr 212,117 M. Für die neu erworbenen Inseln liegt noch keine Handelsstatistik vor. Im ganzen Schutzgebiete, einschließlich der neu erworbenen Inseln, wurde, soweit wirtschaftliche Interessen vorliegen, eifrig an der Hebung primitiver, aber vorläufig dem vorgegangenen Verkehr genügender Wege gearbeitet. Die Einnahmen des Schutzgebietes belaufen sich auf 82.155 M. für das am 31. März 1900 beendete Jahr. Von den Lokalbehörden sind, wie für Togo, Berichte über die örtliche Entwicklung beigelegt, die besonders, was den Stand der Pflanzungen betrifft, ausführlich waren. Der Bericht verweist am Ende auf die Bedeutung der Marianen für den Weltverkehr, wobei sich die Insel Sappan als Kohlenlager eignen würde.

Mariann-Inseln. Am 31. März 1900 waren auf diesen Inseln 126 Fremde anwesend. Die Kokospflanzungen dehnen sich immer weiter aus. Einzelne Inseln sind schon ganz davon bedeckt. Der Handel verzeichnet einen Stillstand.

Tages-Geignisse.

— Der angeklagte Burenkommandant Mayers von Pittius zieht gegenwärtig zusammen mit dem antisemitischen Reichstagsabg. Windewald am Niederrhein und in der Grafschaft Mark umher und veranlaßt gegen 30 Pfg. Eintrittsgeld Versammlungen, angeblich zum Besten der Buren. Die Versammlungen endigen überall mit der Abweisung eines Telegramms an den betreffenden Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises, im Reichstag sich einem Protest gegen die Behandlung der Buren durch England anzuschließen. Im „Generalanzeiger für Rheinfeld“, wo auch eine solche Versammlung stattfand, lesen wir folgendes: Ein Rheinfelder Herr, der gute Beziehungen zu hervorragenden holländischen Persönlichkeiten unterhält, hatte in Erfahrung gebracht, daß jener angebliche Burenkommandant Mayers von Pittius weder ein Bure noch ein Kommandant der Burenarmee sei. Er stellte vor Eröffnung der Versammlung M. v. P. hierüber zur Rede, der den beglücklichen Irrtum in den öffentlichen Anzeigen zugab. Dann suchte der Leiter der Versammlung, ein junger Mann aus Dortmund, Mayers als einen Deputierten der südafrikanischen Gefandtschaft im Haag auszugeben. Aber auch diese Angabe ist unzutreffend. Mayers v. P., der tatsächlich nur Mayers heißt, ist geborener Holländer. Er war zwei Jahre lang in Transvaal als Wanderlehrer tätig und seine Beziehungen zum südafrikanischen Kriege erstreckten sich auf einen zweitägigen Aufenthalt im Burenlager zu Ladysmith. Zuletzt war Mayers als Schreiber bei einem holländischen Burenunterstützungs-komitee beschäftigt. Von Holland aus hat sich M. nach Deutschland gewandt. Es ist auch sehr unklar, was aus den Einnahmen aus den Eintrittsgeldern wirklich für die Buren übrig bleibt.

Nordamerika. Vereinigte Staaten. Mc. Kinley's zweiter Amtsantritt und seine Botschaft. Die Vorbereitungen für die zweite Amtseinführung des Präsidenten Mc. Kinley waren in großartigem Maßstabe getroffen. Das Capitol war am gestrigen Tage in fast königlichem Glanze geschmückt. Ein Ausschuss hatte für den Schmuck der Gebäude und Straßen 50.000 Dollar ausgegeben, und das gesamte Geld wurde in kürzester Frist vom Publikum gesammelt. Große Zuschauerbühnen waren längs der ganzen Via triumphalis, vom Capitol bis zum Weißen Hause errichtet oder im Bau begriffen. Die Stärke der sich am Festzuge beteiligenden Milizabteilungen wird auf 50.000 Köpfe angegeben. Der Präsident leistete den Eid in Gegenwart von mindestens 200.000 Personen in die Hände des Präsidenten des obersten Gerichtshofes. Die Reihe der Festlichkeiten begann mit einer großartigen Beleuchtung am Abend des 3. März. Die öffentlichen Gebäude und die größeren Privatgebäude, die Parks, die Plätze, die Brunnen und die Kriegsschiffe, die in möglichst großer Zahl unter dem Admiral Dewey auf dem Potomac zusammengezogen waren, alles erstrahlte in elektrischem Licht. Am Montagabend fand der Riesenball in dem Penionsamt statt. Die Halle des Gebäudes ist ungeheuer; zwei Kapellen spielten, und 5000 Paare konnten sich zugleich im Tanze drehen. Am 4. März fand die feierliche Amtseinführung des Präsidenten Mc. Kinley statt. Den Hauptteil des Festes bildete der große Umzug von Veteranen und Truppen, unter denen sich auch ein Eingeborenen-Contingent von Portorico befand. Die in großen Massen längs der Feststraße angeordneten Zuschauer begrüßten den Zug mit lauten Jubelrufen.

In der zu seinem Amtsantritt erlassenen Botschaft erwähnt der Präsident zuerst den allgemeinen Wohlstand des Landes: Die amerikanischen Ergebnisse finden einen lebhaften Abzug im Auslande wie im Inlande, und ihre Verchiedenheit nimmt ebenso so zu wie ihre Menge. Es ist für die Vereinigten Staaten daher eine Notwendigkeit, ihren Abzug noch mehr zu erleichtern, was durch eine gute Pflege der Beziehungen zu dem Auslande geschehen soll. Wir können unsere Gegenständigkeitsverträge mit den anderen Nationen in einem liberalen Sinne erwägen. Wir haben uns nach Möglichkeit befreit, den Krieg mit Spanien zu vermeiden. Es ist uns nicht gelungen, allein der unvermeidliche Krieg brachte den amerikanischen Waffen große Erfolge und der Regierung die größte Ehre. Der Krieg hat den Amerikanern Verpflichtungen auferlegt, denen sie sich nicht entziehen können, denen sich entziehen zu wollen sogar Freigebigkeit wäre. Wir leben jetzt in Frieden mit der ganzen Welt, und mein heißes Gebet geht dahin, daß dieser Friede andauern möge. Sollten sich zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Ländern Streitigkeiten ergeben, so würden sie auf friedlichem Wege durch Schiedsspruch geregelt werden und die Schrecken des Krieges mögen uns künftig erspart bleiben.

Das amerikanische Volk, seit verschanden hinter der Freiheit, nimmt seine Freiheitsliebe überall mit hin, wo es auf der Welt erscheint und verpflichtet sich irrig und verächtlich die Lehre, nach der es heißt: „Wir geben unserer eigenen Freiheiten verlustig, indem wir der Freiheit der anderen dauerhafte Grundlagen sichern.“ Unsere Einrichtungen leiden keinen Schaden, wenn sie sich räumlich ausdehnen. Woer die großen Entfernungen noch das tropische Klima vermögen den ihnen innewohnenden Freiheits- und Gerechtigkeitsfann zu schwächen, unsere Nation wird zeigen, daß sie fähig ist, jeden neuen Staat zu verwalten, der ihr zufällt. Von der Furcht Gottes geleitet werden die Amerikaner jede Gelegenheit ergreifen, um den Auspruch

Tennysons zu bewahren: „Er setze die Grenzen der Freiheit noch weiter hinaus“. Wir haben jetzt dieselben Schwierigkeiten zu lösen, die unsere Vorfahren vor beinahe einem Jahrhundert entgegenstanden. Wir befinden uns auf dem Wege, den sie tageshell erleuchtet haben. Meint man, ihre Nachfolger würden jögern und die organische Schmach des Landes vorschützen? Nein. Nach einem hundertfünfundzwanzigjährigen Kampfe zum Besten der Menschheit werden wir uns heutzutage nicht minderwertig erweisen gegenüber anderen Nationen, wenn es sich um grundlegende Fragen und das Wesen unserer Nationalität handelt. Nicht deshalb ist die amerikanische Nation ins Leben gerufen worden. Nicht in diesem Sinne hat sie sich entwickelt und ihre volle Unabhängigkeit und Selbstbestimmung erworben. Die vollständige Gleichheit herrscht unter uns, und nach außen wird keine unserer Handlungen uns in der Völkergemeinschaft eine untergeordnete Rolle anweisen.

Der Anteil, den Amerika an den aufregenden Vorgängen in China genommen hat, ist mit dem wahren Geiste der amerikanischen Grundsätze und Ueberlieferungen im Einklang gewesen. Die Vereinigten Staaten werden darauf bestehen, daß Mäßigung und Gerechtigkeit eingehalten werden, und werden die Ergebnisse dieser Politik sorgsam überwachen. Die wichtigste Frage jedoch, die sich uns gegenwärtig bietet, ist die des Verhältnisses der Vereinigten Staaten zu Cuba. Mit diesem Lande müssen wir in enger Freundschaft verbunden bleiben, gemäß den Erklärungen über die Absichten der Vereinigten Staaten und den Kongreßbeschlüssen vom 20. April 1898. Diese Kundgebungen müssen durchaus zur Wirklichkeit werden. Die Uebergabe der Macht von den amerikanischen Behörden an die neue Regierung ist von der größten Wichtigkeit und bildet eine aus unserm Eingreifen und aus dem Friedensvertrag entspringende Bedingung. Das ist so wichtig, daß ich mich glücklich schätze, daß ein kürzlich erlassenes Gesetz eine Politik festgelegt hat, die das Parlament für das Beste der Vereinigten Staaten sowohl wie Cubas für wesentlich erachtet. Die Grundsätze, die für das Eingreifen der Vereinigten Staaten leitend waren, erfordern, daß die Verfassung, auf der sich die neue Regierung aufbauen wird, den Bestand der Regierung so sichere, daß sie imstande ist, die Pflichten einer selbständigen Regierung zu übernehmen und zu erfüllen, die internationalen Verbindlichkeiten zu achten, Leben und Eigentum zu schützen, die Freiheit zu wahren, kurzum, der herkömmlichen Politik der Vereinigten Staaten gemäß zu walten. Der Friede, den wir übernommen haben, den Cubanern zu sichern, muß die Gewähr einschließen, daß er dauern wird. Wir haben die Pflicht auf uns genommen, friedliche Zustände auf der Insel herbeizuführen, und sind den Cubanern wie dem amerikanischen Volke verantwortlich dafür, daß das geschieht und Cuba als freie Republik auf den dauerhaften Grundlagen des Rechtes und der Ordnung bestehen wird. Die Befreiung Cubas ist nicht vollkommen, bis „Frei-Cuba“ eine Wirklichkeit geworden ist und man nicht bloß vor einem überreifen Versuch steht, der die Elemente des Mißerfolges birgt. Bezüglich der Philippinen erklärt der Präsident, er wolle seine Bestrebungen fortsetzen, bis die Ordnung hergestellt ist. Sobald die Umstände es nur gestatten, wird die Lokalregierung eingeführt und die Bevölkerung aufgemuntert werden, sich selbst zu verwalten. Der Präsident ist fest entschlossen, den Einwohnern die Selbstverwaltung zu gewähren, sobald sie bereit seien, sie auszuüben. Er will diesem Ziele beharrlich und redlich nachgehen. Etwas ist bereits in dieser Richtung geschehen. Die weitestgehenden Zusicherungen der Annexion sind den Aufständischen gemacht worden, und es ist letztern noch immer volle Freiheit gelassen, ihre ehrenhafte Unterwerfung zu bewirken. Die Vereinigten Staaten führen keinen Krieg gegen die Bewohner der Philippinen. Ein Teil der letzteren befindet sich im Streit gegen die Vereinigten Staaten, allein die große Mehrheit erkennt die Hoheit der letztern an. Diese Einwohner werden wir nicht im Stich lassen, die Vereinigten Staaten können nicht zugeben, daß das Schicksal der Mehrheit, der loyalen Bewohner, in der Hand einiger Aufständiger liege. Die Civilverwaltung wird bald vorhanden sein und diejenigen, die den Frieden wollen, werden diese Einrichtung fördern, dann wird Gewalt nicht mehr notwendig sein.

Der Krieg in China.

Der russisch-chinesische Mandchurien-Vertrag wird von der Londoner Presse immer wütender angegriffen. Der „Globe“ schreibt:

„Es ist wirklich schwer, geduldig anzuhören, was vor sich gegangen. Nicht nur hat man uns, deren Handelsinteressen von so riesenhafter Bedeutung sind, die „Offene Thüre“ in Nord-China brutal vor der Nase zugeschlagen: Tortur, die Worte und die Schandungen, die schlimmer als der Tod an englischen Männern, Frauen und Kindern durch chinesische Beamte begangen worden, sollen ungerührt bleiben, damit Rußland sein fettes Ziel erreichen kann, China zu seinem Vasallen zu machen. . . . Japans Erklärung zeigt uns in der Ferne die Teilung Chinas, die bereits ihre Schatten vorauswirft. Aber Deutschland und die Vereinigten Staaten, noch viel weniger Österreich und Italien, haben keine Veranlassung, eine feste Front zu zeigen, solange das Land, das weit mehr wie sie interessiert ist (England) sich zustimmend verhält. Es scheint, als wollten wir unserer eigenen Verarmung in Ostasien müßig zuschauen, unsere riesigen noch immer zunehmenden Handelsinteressen opfern und einen Treubruch begehen an der Pflicht, welche wir der Menschheit schulden, all das, weil uns eine klare und entschlossene Politik fehlt. Mit einer entschlossenen Leitung von London aus würden die Mächte, deren Interessen in China mit den unserigen identisch sind, nur zu bereit sein, diese mit uns aufrecht zu erhalten. Eine Allianz, welche die Vereinigten Staaten, Japan und fast mit Sicherheit andere interessierte europäische Mächte umfaßt (natürlich ist Deutschland gemeint), ist offenbar durchführbar, und vor einer solchen Koalition würde Rußland, mit oder ohne Frankreich, sicherlich zurückweichen. Wird diese Allianz nicht gelöst, so wird die Schuld und Schande dafür der britischen Regierung zufallen, und wir selbst werden den größten Teil der Strafe tragen. . . .“

Eine ähnliche Sprache, wenn auch zum Teil weniger hart, wie der „Globe“, führt die übrige konservative Presse. Auch die liberale „Daily Mail“ stimmt in den Chorus ein. Diese überschreibt ihren Leiter mit den ominösen Worten: „Wenn es England jetzt mißlingt!“ — beschuldigt die russische Regierung, den britischen Vorkämpfer in St. Petersburg systematisch hintergangen zu haben, bejammert die Ohnmacht Großbritanniens und fragt dann: „Weshalb denn nicht sofort China aufteilen? Wozu das Gerede über die offene Thüre? Wozu Rücksicht nehmen auf irgend welche chinesischen Rechte?“ und schließlich: „Wenn wir jetzt verjagen, so wird das Unglück nie wieder gutzumachen sein.“

Sonnenbriefe auf Bestellung. In Kritisch in Böhmen erhielt, wie man den „Leipz. Anst. Nachr.“ schreibt, ein dortiger Barbier von einem ihm befreundeten Chinakämpfer aus Tientsin ein Schreiben, in welchem der folgende Satz vorkommt: „Leopold hat mir einen solchen Sonnenbrief, wie Du schreibst, gegeben. Er ist im „Vorwärts“ in Berlin gedruckt. Und, der ihm denselben schickte, hat ihn erlucht, er soll ihm auch einen zweiten Brief schicken und die Sache nur ja recht gaulich beschreiben. Dann kommt er auch in die Zeitung und das ist gut für unsere Partei, weil die Sozialdemokraten keinen Krieg wollen. Aber hier steht es ja gar nicht wie Krieg aus und, was in dem, „Vorwärts“ drin steht, ist ja kein Wort wahr.“

1000